

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

**Ausschuss für Bundes- und
Europaangelegenheiten, Medien**

78. Sitzung
9. September 2026

Beginn: 09.35 Uhr
Schluss: 12.15 Uhr
Vorsitz: Andreas Otto (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

**Bericht aus der Senatskanzlei, einschließlich
aktueller Fragen auf Bundesrats- und Länderebene**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

**Aktuelle Fragen auf Europaebene, insbesondere EU-
Angelegenheiten von Berliner Relevanz**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Andreas Otto: Wir kommen zu

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Situation und Perspektiven der Digitalkonferenz
re:publica**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0273](#)
BuEuMe

Hierzu: Anhörung

Dazu haben wir Gäste. Ich habe vorhin schon ihre Namen genannt: Herr Gebhard, Herr Matzat und Herr Dr. Humborg. Schön, dass Sie da sind! – Wir haben das so verabredet, dass es ein Eingangsstatement von Herrn Gebhard geben wird, und dass die beiden anderen Kollegen dann bei der Beantwortung der Fragen in der zweiten Runde der Anzuhörenden auch ins Geschehen eingreifen und Fragen, die an sie gestellt sind, beantworten können. Ich gehe davon aus, dass wir dieses Verfahren einvernehmlich so gestalten. Wir haben ein bisschen Zeitdruck – ich habe das anfangs gesagt –, weil wir noch eine zweite Anhörung haben. Deswegen machen wir das so. Wir würden vom Ablauf her mit einer Begründung durch die Fraktionen, die den Besprechungspunkt eingereicht haben, beginnen. Herr Goiny hat sich dazu schon gemeldet. Kommen wir dann zu den Anzuhörenden oder erst zum Senat? – [Staatssekretär Florian Graf (CdS): Ich würde kurz Stellung nehmen!] – Dann kommt der Staatssekretär an die Reihe. Der Senat darf hier immer reden, wenn er das für richtig hält und sich zu Wort meldet. Dann kommen Sie mit dem Eingangsstatement an die Reihe. Dann sammeln wir Fragen der Damen und Herren Abgeordneten. Sie sind gebeten, sich die Fragen zu merken oder aufzuschreiben und dann in einem zweiten Statement alles zu beantworten. Ich gehe davon aus, dass wir auch ein Wortprotokoll machen. Ist das erforderlich? – Das findet zustimmendes Nicken auf allen Seiten. Dann machen wir das so. Den Hinweis mache ich gleich an der Stelle: Die Damen und Herren Abgeordneten kennen das. Um der Gefahr von größeren Koreferaten zu begegnen, würde ich bei den Redebeiträgen der Abgeordneten nach drei Minuten ein Signal geben, dass Sie überlegen, ob Sie zum Ende kommen können. Ich schaue hier keinen an. – Dann können wir mit der Begründung starten. Herr Goiny hat sich für die Koalitionsfraktionen gemeldet.

Christian Goiny (CDU): Herzlich willkommen hier im Ausschuss! Auch wenn es die letzte Sitzung ist, ist es nichtdestotrotz ein uns allen besonders wichtiges Anliegen, dass wir hier einmal die republica GmbH anhören. Wir haben eine langjährig geübte Tradition im Ausschuss, dass wir uns immer wieder mit Organisationen, Institutionen beschäftigen, die im weitesten Sinne für die Medienwelt und in Berlin von Relevanz sind. Ich weiß gar nicht, ob die republica GmbH hier schon einmal zu Gast war. Ich kann mich spontan nicht daran erinnern. Auf jeden Fall sind wir, die meisten von uns, regelmäßig gerne zu Gast auf der re:publica und haben dadurch auch feststellen können, dass es tatsächlich eine Veranstaltung ist, die in vielerlei Hinsicht eine gesellschaftliche Relevanz hat und damit auch eine Relevanz für das Thema Medienpolitik.

Es gibt immer wieder unterschiedliche Themen, die im Zusammenhang mit der re:publica diskutiert werden, und es gibt auch immer wieder Organisationen oder Personen, die gerne im Erfolg der re:publica im Fahrwasser mitschwimmen wollen, was indirekt bestätigt, dass es sich um eine relevante Veranstaltung handelt. Wir wollen heute gerne die Gelegenheit nutzen, uns im Originalton berichten zu lassen, wie die re:publica in diesem Jahr gelaufen ist, aber viel wichtiger ist, ist, vor welchen Themen, Herausforderungen die re:publica in den nächsten Jahren steht. Wir unterstellen einfach mal, dass es sie auch im nächsten Jahr geben wird und würden dazu gerne ein paar Informationen und Ausführungen bekommen, um uns ein noch besseres Bild über die Situation und die Perspektiven und die Themen, die jetzt bei der re:publica diskutiert werden, machen zu können. Deswegen noch einmal herzlich willkommen!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – So weit zur Begründung! Dann würde ich jetzt Herrn Staatssekretär Graf das Wort geben.

Staatssekretär Florian Graf (CdS): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte zu Beginn im Namen des Senats ganz herzlich Herrn Gebhard und seinem Team für die re:publica danken, die jährlich veranstaltet wird. Das ist meistens im Mai. Als Senatskanzlei verstehen wir die re:publica als eine der wichtigen und sehr etablierten Konferenzen, deren Stabilisierung wir in der Coronazeit eigentlich sofort erkannt und anerkannt haben. Berlin hat sich in den letzten Jahren immer mit großen Gemeinschaftsständen präsentiert und ein vielfältiges Fachprogramm, Bühnenauftritte, verschiedene Akteure aus dem Senat, die fachlich zuständig waren, gezeigt. Wir haben auch immer Themen wie unser mobiles Bürgeramt dort miteinbringen können, weil man dort auch viele Menschen trifft und auch Fachkräfte für den öffentlichen Dienst des Landes Berlin werben kann. Wir haben das durchaus auch als strategisches Thema gesehen.

Gleichzeitig ist es so, dass auch das Medienboard Berlin-Brandenburg mit dem Medien-Track und dem ON-SCREEN-Special dort unterstützend unterwegs ist. Der Medien-Track integriert die Themen wie Medienregulierung, Medienkompetenz, Medienvielfalt, Plattformen, Videotechnologien sichtbar machen zu können. ON SCREEN ist das Programmspecial für die Zukunft von Film, Serien, Games – also die andere Seite neben der Filmförderung beim Medienboard, Gamesbereich, XR – und hat in vielen Debatten Showcases und Perspektiven aufzeigt.

Auch hat das Medienboard – da wird auch der eine oder andere von Ihnen gewesen sein – interessante Netzwerkveranstaltungen auf der Dachterrasse durchgeführt, um den Raum zu geben, sich zu vernetzen, Schnittstellen zwischen Medientechnologie und Politik und Kreativwirtschaft zu finden. Der Abgeordnete Goiny hat das angesprochen. Wir haben in den vergangenen Jahren aus verschiedenen Bereichen des Landes Berlin, des Haushalts – das war die Senatskanzlei, das war zum Teil aber auch bei Gemeinschaftsständen die Kulturverwaltung und die Wissenschaftsverwaltung, aber im letzten und in diesem Jahr auch SenWiEnBe sehr stark –, Mittel eingeplant. Wir haben auch die Haushaltsmittel für das Jahr 2027 eingeplant, aber, Herr Vorsitzender, da gilt das, was Sie gesagt haben. Andere Regierungen und Parlamente müssen dann sehen, wie sie damit umgehen, aber für 2027 ist jedenfalls auch im Haushalt Vorsorge gegeben. Ich will mich sehr herzlich bedanken. Ich denke, man kann – Herr Gebhard wird das bestimmt gleich tun – über die Größenordnung der Speakerzahlen, der Besucher und so weiter sehr gut erkennen, dass sich die Besucherzahlen nach Corona auf einem

wirklich hohen Niveau stabilisiert haben. Insofern vielen Dank! Das wollte ich als Vertreter des Senats hier zu Beginn beibringen.

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Dann sind Sie, Herr Gebhard, jetzt an der Reihe. Sie haben das Wort.

Andreas Gebhard (republica GmbH): Schönen guten Morgen! Mein Name ist Andreas Gebhard, für die Menschen an den Empfangsgeräten. Hier im Saal guten Morgen liebe Abgeordnete! Herr Vorsitzender! Herr Graf! Zunächst möchte ich Ihnen kurz Dr. Christian Humborg, Vorstand der Allianz Foundation, und Lorenz Matzat, ein Datenjournalist, vorstellen. Ich habe die zwei mitgebracht, die Ihnen ein bisschen von der Seite Fragen beantworten können, was re:publica eigentlich bedeutet. Ich bitte Sie, davon auch rege Gebrauch zu machen. Ich habe fünf Minuten Zeit. Ich versuche, das möglichst kondensiert zusammenzubringen, was re:publica ist. Wir sind eine Konferenz für die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Gesellschaft. Es ist eine digitale Gesellschaftskonferenz, und wir kümmern uns dort seit nunmehr 20 Jahren darum, darüber zu diskutieren und eine Plattform zu sein, die in ihrer Anmutung einzigartig ist.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir haben es geschafft, aus ganz vielen verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren Menschen zusammenzubringen, um auf Augenhöhe miteinander zu sprechen. Herr Graf, Sie haben gerade gesagt, ein paar Zahlen zu nennen: Wir hatten in diesem Jahr über 1 300 Sprecherinnen und Sprecher, davon waren 55 Prozent weiblich. Das ist eine wichtige Kennzahl für uns, dass wir uns schon seit unseren Anfängen dafür stark gemacht haben, dass wir Diversität auf die Bühnen bringen und dass wir gerade bei einem technischen Thema unterstützend tätig sind. Wir haben über 500 Stunden Programm auf 25 Bühnen. Man kann es ein bisschen in dieser Abfolge sehen: Seit einer kleinen Bloggerkonferenz in 2007 – Sie erinnern sich vielleicht, das war das Jahr, in dem das I-Phone erschien – spannen wir als digitale Zeitgeistdokumentation der Veränderung seit 20 Jahren wirklich einen weiten Bogen. Bundeskanzlerinnen und Bundeskanzler waren bei uns. In der Tat, Herr Graf, Sie haben es eben genannt. Corona hat nicht nur uns, sondern die Veranstaltungsbranche insgesamt sehr stark getroffen. Da sind wir gerade noch weiter auf dem Weg der Genesung. Das ist eine langwierige Sache, die Veranstalter durch die Verbote und Absagen, die wir damals hatten, durchleben mussten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich habe für Sie einmal mitgebracht, was in diesem Jahr noch bei uns ansteht: Wir haben es über die Jahre geschafft, ein internationales Netzwerk für Berlin aus Berlin zu bauen. Wir werden im Oktober 2026 das erste Mal eine re:publica in Wien mit Partnern dort durchführen können. Wir erwarten über 1 000 Teilnehmer und freuen uns auf einen weiteren Ableger in Düsseldorf und können heute Ihnen vermitteln, dass wir in diesem Jahr in unserer Partnerstadt Los Angeles erstmalig eine Veranstaltung machen – nächstes Jahr, Sie werden es vielleicht wissen, 60 Jahre Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Los Angeles. Es geht in den Städten jeweils darum, das Phänomen der digitalen Gesellschaft, was ein globales ist, lokal zu durchleuchten und mit Partnern zu besprechen, was die aktuellen Themen sind.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Was bedeutet das Ganze für Berlin? – Wir sind der zentrale Ort für die digitale Gesellschaft. Zu uns kommen über 30 000 Besuchende an drei Tagen. Traditionell finden wir in der STATION am Gleisdreieck statt. Die Sprecherinnen und Sprecher kommen aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, also aus den unterschiedlichsten Hintergründen. Aber auch die Besucherinnen und Besucher möchte ich noch einmal ganz klar hervorheben, weil wir zwei Gründe haben, warum Leute zu uns kommen: zum einen, um sich aufzuschauen, einen Ort zu besuchen, wo man Wissen vermittelt bekommt – ein Drittel der Besuchenden kann auch kostenlos an der Veranstaltung teilnehmen, das heißt, es besteht eine sehr niederschwellige Zugangsmöglichkeit –, und auf der anderen Seite ist es eine Netzwerkveranstaltung, wo Menschen aus unterschiedlichen Hintergründen zusammenkommen, um über die Auswirkungen der digitalen Transformation zu sprechen.

Das ist in der Form einzigartig. Deswegen ist es für uns immer schwierig, Referenzpunkte oder andere Veranstaltungen zu finden. Seid ihr so wie? – Das fällt schwer, weil wir eben keine Technologie-, keine reine politische oder Start-up-Konferenz sind, sondern wir sind ein Festival für die digitale Gesellschaft. Wir sagen auch gerne, dass es die Community der Communitys ist.

Im nächsten Jahr haben wir unseren 20-jährigen Geburtstag, 10. bis 12. Mai. Wir sind hier zum ersten Mal im Ausschuss und freuen uns sehr, dass wir Ihnen auch einmal – auch wenn schon aus einer großen Distanz räumlicher Art – zurufen können, dass wir Danke für eine Unterstützung sagen. Wir sind aber nicht eine rein öffentlich geförderte Veranstaltung, sondern die Hauptlast der Durchführung und der Kosten liegt natürlich bei unseren Teilnehmern, bei Partnern und Sponsoren, nicht dass der falsche Eindruck entsteht. Wir haben eine Kounterstützung durch das Land und öffentliche Institutionen, aber das ist ein sehr breiter Finanzierungsmix, sonst wäre das auch gar nicht denkbar und möglich. – Fünf Minuten vorbei! Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Herzlichen Dank! – Frau Helm!

Anne Helm (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden, dass Sie heute hier sind, um mit uns über die re:publica zu sprechen, und erst einmal vorweg kann man sich nur bedanken und beglückwünschen für die Erfolgsgeschichte der re:publica! Das muss man wirklich sagen. Ich war früher auch in der Kalkscheune mit dabei, habe spannende Diskussionen mit Bloggerinnen und Bloggern geführt, aber mit der Relevanz der Themen hat auch die re:publica an großer Relevanz gewonnen. Bei Ihnen werden wirklich spannende Themen und gesellschaftliche Debatten geführt. Ich bin mir sicher, dass das auch künftig eine große Relevanz haben wird.

Deswegen meine Einstiegsfrage an alle Anzuhörenden: Welche Funktionen hat die re:publica nach Ihrer Vorstellung auch bei den aktuellen und vor allem künftigen Debatten? Welche Funktion kann die re:publica dort einnehmen? Das ist auch für uns als Politik interessant, welche gesellschaftliche Funktion Sie der re:publica zumessen.

Sie haben, Herr Gebhard, zum Schluss die Sponsoren und Partnerinnen angesprochen. Was mich beschäftigt: Die re:publica ist bekannt dafür, auch sehr kritische und kontroverse Debatten zu führen. Auch an alle Anzuhörenden die Frage: Wie funktioniert das Verhältnis zwischen Partnerinnen und kritischer Debatte? Es gibt die Möglichkeit, dass auch große Tech-

Konzerne Stages selbst einrichten. Da ist für mich die Frage, wo die Grenzen zwischen kritischem Diskurs und PR verläuft, in welchem Wechselverhältnis stehen sie, und wie Sie sicherstellen können, dass auch künftig der Raum für die kritischen Debatten da ist, gerade weil das Thema Unabhängigkeit von Big Tech im Moment auch im ganzen Kontext des Handelskrieges mit den USA ein großes Thema ist? Mich würde interessieren – als Beispiel Google und Meta, die auch schon solche Partnerstages hatten, die zusammen laut LobbyControl 1,6 Prozent der Sponsorengelder ausmachen –, was für eine Relevanz das für die re:publica hat. Was wäre, wenn die wegfallen würden? Umgekehrt würde mich auch interessieren, was die Partnerinnen und Partner davon haben, also was die re:publica für sie für eine Funktion hat.

Dann würde ich bitten, dass Sie noch einmal auf die Medienboard-Förderung eingehen könnten. Was hat das für Sie für eine Umsetzungsbedeutung? Was setzen Sie damit um? Was wäre ohne die nicht möglich? Welche Bedeutung hat sie inhaltlich und organisatorisch? Das sind, glaube ich, erst einmal eine ganze Menge Fragen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Das stimmt. – Es geht weiter mit Herrn Goiny für die CDU-Fraktion.

Christian Goiny (CDU): Ich kann da auch gleich anschließen. Es ist in der Präsentation auch deutlich geworden, aber das weiß man natürlich auch: Die re:publica zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie einen besonderen Umgang mit der Community hat, mit den Leuten, die mit dafür sorgen, dass die re:publica stattfinden kann, die die Inhalte beisteuern, die auch den Diskurs ein bisschen mitprägen. Vielleicht können wir ein paar Informationen bekommen, wie man sich das vorstellen kann, wie man zu den Leuten, die sich dann in der Community engagieren, kommt. Wie kommen die zu Ihnen? Wie ist dieser Prozess? Wie ist da die Aufgabenteilung?

Der zweite Themenkomplex, der mich interessieren würde: Wir erleben immer wieder die Diskussion über zunehmende Aggressivität und vielleicht auch steigende Intoleranz im politisch-gesellschaftlichen Diskurs, was Akzeptanz und Toleranz gegenüber anderen Meinungen anbetrifft. Wie geht man auf der re:publica mit auch kontroversen Diskussionen um – Kollegin Helm hat es gerade angesprochen –? Wie ist da das Management? Gibt es eine Entwicklung? Hat man Ideen, wie man versucht, das in andere Bahnen zu lenken?

Letzte Frage: Es ist natürlich eine sehr große Konferenz. Sie braucht auch Platz und Räume in dieser Stadt. Wir wissen, dass das auch alles nicht so einfach ist. Gibt es vielleicht Ideen und Wünsche, wie bei aller Unabhängigkeit der Veranstaltung der Konferenz, das Land Berlin oder vielleicht sogar perspektivisch das neugewählte Parlament einen Beitrag leisten kann, dafür zu sorgen, dass es die re:publica auch nach ihrem 20. Geburtstag noch in Berlin gibt, inklusive der Frage – das finde ich auch interessant – der internationalen Vernetzung? Die Städtepartnerschaft mit Los Angeles wurde gerade erwähnt. Das ist auch ein Anliegen, wo auch die Stadt Berlin ein Interesse haben müsste, solche Kooperationen auch im Zusammenhang mit internationalen Städtepartnerschaften zu unterstützen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Jetzt geht es mit Herrn Eschricht für die AfD-Fraktion weiter.

Robert Eschricht (AfD): Vielen Dank, Herr Ausschussvorsitzender! – Auch von meiner Seite, Herr Gebhard, vielen Dank für Ihre Präsentation! Von außen ist das ein Fest der Meinungsfreiheit, so scheint es. Es geht viel um plurale Gesellschaft, polyzentrische Gesellschaft. Das klingt alles sehr gut, und wenn man sich die Debatten vor Ort anschaut, hört man immer sehr viele Strohmannargumente. Ich bin sicher, dass die re:publica einen wertvollen Beitrag zu Debatten leistet, aber gerade was den Versuch von Einfluss auf politische Debatten angeht, bin ich mir da nicht so sicher. Sie nennen sich selbst auch der Kuratorische Leiter. Der Vorwurf steht in der Presse immer wieder im Raum, dass das ein kuratierter politischer Raum ist. Ich glaube, ich hätte mal den Kommentar gelesen, dass es ein bisschen der Kirchentag für das Bückbürgertum ist.

Ich habe zwei Fragen: Es ist erwiesen, dass verschiedene öffentliche Stellen die re:publica mit fördern, ob das die Bundesnetzagentur ist, Senatsverwaltungen, Bundesministerien. Inwiefern hat das Einfluss auf eine gewisse politische Schwerpunktsetzung? Mir ist auch aufgefallen, dass der Code of Conduct für 2026 gerade nicht die Diskriminierung nach politischer Anschauung umfasst. Ist das Absicht? Der Code of Conduct 2026 sanktioniert auch herablassende Kommentare, Störer – eigentlich alles, was Volksmund unterhalb der Strafbarkeitsgrenze ist. Ist das – das wäre die zweite Frage – ein Vorbild dafür, wie Gesellschaft an sich organisiert werden sollte? Das wäre es erst einmal. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Als Nächste ist Frau Ahmadi für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an der Reihe.

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch Ihnen vielen Dank für Ihre Ausführungen! Tatsächlich wundert es mich nicht, dass die AfD sich hier beschwert, dass man sich auf so einer Veranstaltung nicht beleidigen darf oder auf einen guten Umgang miteinander besteht.

Jetzt komme ich zu meinen Fragen: Wir loben ja Berlin – vor allem die Koalition lobt Berlin ständig –, der Standort Berlin wird immer gelobt, und zum Teil stimmt das. Jetzt will ich von Ihnen wissen, wie sich die Realität für Unternehmen und Medienschaffende bei uns tatsächlich darstellt und welche Problemstellungen begegnen Ihnen immer wieder? Wo sehen Sie konkrete Versäumnisse des Berliner Senats bei der langfristigen Absicherung von Leuchtturmprojekten wie zum Beispiel der digitalen Zivilgesellschaft im Vergleich zu anderen europäischen Metropolen?

Zur Zukunft der re:publica würde ich gerne, Herr Gebhard, wissen: Die Netzpolitik steht vor enormen Herausforderungen durch KI und Monopolisierung von Plattformen und Angriffen auf die digitale Infrastruktur. Welche Themen müssen aus Ihrer Sicht auf einer öffentlich geförderten Digitalkonferenz künftig im Fokus stehen, um Berlins Rolle bei der digitalen Souveränität vor allem und Open Source zu stärken? Inwiefern unterstützt die re:publica die Nachhaltigkeit und Klimaziele des Landes Berlin bei der Durchführung von Großevents? Welche Unterstützung wünschen Sie sich dabei vom Land in Zukunft?

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Damit ist Redeliste hier erst einmal erschöpft. Dann kommen wir zu Herrn Gebhard und seinen zwei Mitstreitern.

Andreas Gebhard (republica GmbH): Wir sind uns gerade unsicher. Vielleicht machen die beiden auch ein kurzes Statement, denn sie wurden mehrfach angesprochen.

Vorsitzender Andreas Otto: Ja, es gibt reichlich Fragen. Deswegen sind Sie ja gekommen. Wir geben Ihnen jetzt die Gelegenheit, dass Sie ein kurzes Antwortstatement machen können. – Herr Dr. Humborg beginnt.

Dr. Christian Humborg (Allianz Foundation): Vielen Dank für die Einladung! – Ich würde vielleicht zu einigen der Fragen etwas sagen. Zu anderen kann ich naturgemäß nichts sagen, weil ich mich beispielsweise nicht mit der Nachhaltigkeitsstrategie der re:publica befasst habe.

Ich glaube, die Funktion der re:publica, so wie ich sie als Partner, aber auch als von außen in vielen Jahren erlebt habe, ist, dass es doch eine der prägenden Konferenzen in Europa ist, an dieser Schnittstelle von Digitaltechnologie, Mensch und Gesellschaft. Ich glaube, wenn wir uns den Wettbewerb mit anderen Konferenzen ansehen, dann sehen wir nicht so viele andere, die genau das leisten. Wir haben beispielsweise in Hamburg die OMR, die aber sehr Marketing und kommerziell getrieben ist. Wir haben in den Vereinigten Staaten von Amerika South by Southwest, aber das ist doch noch mal ein ganz anderer Diskurs. Ich glaube, für mich ist die re:publica vor allen Dingen auch eine Konferenz, die auf Europa wirkt. Nichtsdestotrotz glaube ich, dass die re:publica gut beraten ist, diesen Markenkern Mensch, Technologie und Gesellschaft zu erhalten und nicht teilweise in zu viel Themen davon abseits abzugleiten.

Vielleicht noch einen Satz zu Ihrer Frage bezüglich des Sponsorings durch Konzerne: Ich bin mir sicher, dass man darauf sehr unterschiedliche Perspektiven haben kann. Ich kann nur sagen, dass ich letztes Jahr den Vice President von Google Search zugehört habe. Ich fand das interessant, und ich wusste, dass er das gesponsert hat und er mir jetzt PR erzählt, aber manchmal kann auch PR interessant sein, wenn ich weiß, wo das Geld herkommt und was die Intentionen sind. Deswegen würde ich das erst einmal nicht per se als schlecht ansehen. Man muss auch realistisch sehen, in welchem Umfang mit nichtkommerziellen Mitteln überhaupt Veranstaltungen dieser Art heutzutage durch die öffentliche Hand zu finanzieren sind. Das kann man sich aber auch überlegen. Das vielleicht noch zu dieser Frage, was die kritischen Debatten angeht. Ansonsten habe ich da immer viel Meinungsfreiheit wahrgenommen. Das jetzt Fragen aus verschiedenen Richtungen kommen, unterstreicht ja, dass man da nicht alles falsch gemacht haben kann.

Vorsitzender Andreas Otto: Herr Matzat!

Lorenz Matzat (Journalist): Guten Tag! Vielen Dank auch, dass ich hier sprechen darf! Ich kann vielleicht ein bisschen mehr mit dem Blick einer der Communitys erläutern. Ich habe einen Hintergrund im Digitalpolitischen und Themen Open Government, Open Data. Mich interessiert eigentlich eher die Digitalität des staatlichen Handelns, zum Beispiel Ihres oder der Regierung Berlins. Da sehe ich, dass die die Chance eigentlich nicht so wahrnehmen, diese Konferenz und deren Menschen, die dorthin kommen, zu nutzen. Das sieht man jetzt gerade bei dem Datenklau, der passiert ist, der das Scheitern der Digitalisierung der Verwaltung wie nichts anderes zeigt. Das ist nichts neues. Die re:publica gibt es seit 20 Jahren. Die Digitalisierung der Verwaltung könnte von da meiner Meinung nach viel mehr Impulse aufnehmen, oder Sie könnten dort vielleicht viel deutlicher sagen, was eigentlich benötigt wird. Mit

dem reinem Austausch durch Stände und Rekrutierung finde ich, nehmen Sie die Chance zu wenig war, die diese Konferenz bietet.

Die Frage zum Beispiel, wie das Programm zustande kommt, kann ich erläutern als jemand, der sich da immer wieder mit Themen bewirbt. Da gibt es, soweit ich das verstanden habe, einige Gruppen, die diese Vorschläge sichten, die alle einen Hintergrund in diesen Themenbereichen haben und eine Auswahl treffen. Die Kuratierung macht nicht nur Andreas alleine, sondern das ist ein großes Team, und das machen die alle freiwillig und ein Großteil davon auch unbezahlt, genauso wie die meisten Referentinnen und Referenten auch kein Honorar erhalten, sondern so weit ich weiß einfach einen kostenfreien Eintritt. An dem Tag, an dem an einen Vortrag hält, kann man kostenfrei essen und trinken.

Für mich, der selbst auch Softwareunternehmer, aber auch immer im aktivistischen Bereich ist: Ich habe beispielsweise die NGO Algorithm Watch mitgegründet. Die hat sich auf der re:publica das erste Mal präsentieren können. Für solche Initiativen ist das schon, wenn man so will, ein wirklich wichtiger Ort als Ökosystem, um Sichtbarkeit zu bekommen. Ich persönlich bin auch kein Fan davon, dass die großen Plattformen Raum haben, um ihre PR – wie sagt man freundlich? – äußern zu können. Die kann ich auch im Internet lesen, die muss ich nicht auf einem Podium berichtet bekommen. Gleichzeitig finde ich, gibt es auch die Widersprüchlichkeit, in der wir alle stecken. Wir nutzen die auch alle. Es gibt keine Alternativen zu denen. Ich zum Beispiel halte die Debatte zur digitalen Souveränität insofern verfehlt, als dass es nur eine Fabrik gibt, die Chips herstellen kann. Wer die kontrolliert, der kontrolliert die digitale Souveränität. Die steht in Taiwan. Wer die Technik nicht herstellen kann, hat auch keine Souveränität, ganz einfach. Meiner Meinung nach zumindest!

Ich würde mir wünschen, was die Zukunft dieser Konferenz angeht – ich war auf der zweiten Veranstaltung in der Kalkscheune mit dem sehr ungünstigen Raum, der sehr breit anstatt lang war, was es schwierig gemacht hat, die Menschen auf der Bühne zu sehen. Man konnte sie immerhin hören; die Räume quillten sofort über, wenn ich mich richtig erinnere. „Gesellschaft“ ist mir ehrlich gesagt zu unbestimmt. Ich erwarte eigentlich von dem Staat, dem ich Steuern zahle, mehr Dienstleistungen im Digitalen; da ist er bislang gescheitert oder weitgehend, empfinde ich immer so –, dass von dort mehr Impulse ausgehen in dem Sinne, dass dort für mich oft das Gefühl aufkam: Schön, dass wir einmal darüber geredet haben! – Ich glaube, dass man dort auch Sachen mehr besprechen und vereinbaren könnte: Wir treffen uns nächstes Jahr wieder, und wir schauen mal, was wir erreicht haben –, zum Beispiel darin, auch mehr gesellschaftliche Partizipation in den demokratischen Alltag zu bringen, und so weiter. So viel erst einmal von mir!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Herr Gebhard setzt fort.

Andreas Gebhard (republica GmbH): Ich würde das einmal zusammenbinden und zunächst noch einmal Danke für die vielen Fragen sagen. Ich versuche, sie abzuarbeiten. Ganz wichtig ist aus meiner Sicht, noch einmal darauf hinzuweisen: Wir sprechen mit sehr vielen Menschen aus unterschiedlichsten Hintergründen, also sehr gut Ausgebildeten, Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger oder Menschen, die von der digitalen Gesellschaft betroffen sind, die selbst aus großen Unternehmen kommen, diese zum Teil sogar mitgegründet haben. Wir versuchen, ein Ort zu sein, das macht das Einmalige aus, wo all diese Menschen zusammenkommen. Das ist widersprüchlich, das kann nicht anders sein. – Ich komme gleich zu Ihrem Punkt, keine Sorge. – Die Situation macht es gerade so spannend, dass die re:publica es ermöglicht, dass die unterschiedlichen Hintergründe der Menschen zusammenkommen. Wenn man aber im Wirtschaftsbereich oder auch hier in der Politik Leute, die Start-ups gründen, fragt, was die re:publica eigentlich ist, dann kommen genauso viele verschiedene Antworten. Die Perspektive darauf ist entscheidend. Das ist das Einmalige.

Es ging auch darum, was man sich von der Stadt wünschen würde: dass dieser Leuchtturmcharakter, den wir als re:publica haben, diese Einmaligkeit nachhaltig abgesichert wird. Ich bin selbst seit 25 Jahren im Bereich der digitalen Souveränität unterwegs – wie man das heute so schön sagt –, weil ich fest davon überzeugt bin, dass wir die Maschinen kontrollieren müssen und nicht umgekehrt. Das versuchen wir auch auf der re:publica abzubilden, indem wir Open-Source-Lösungen neben kommerziellen Closed-Source-Lösungen darstellen. Es ist aber wichtig für die Gesellschaft, sich damit auseinanderzusetzen, wie das funktioniert. Deswegen ist es mir ein großes Anliegen, dass die re:publica nachhaltig abgesichert ist.

Wenn man mich direkt fragt: Es wäre natürlich wunderbar, wenn die re:publica jeden Tag stattfinden könnte, denn der Bedarf ist da. Ich kann gar nicht so viele Themen ansprechen, wie es notwendig wäre, weil wir – im besten Sinne – in einem Epochenwechsel leben, in dem Technologie uns tatsächlich komplett überrennt. Diese Technologie liegt in wenigen Händen, und das muss kritisch diskutiert werden, weil diese Hände Schritt für Schritt in unser demokratisches System eingreifen.

Dieses Problem zu erkennen, aber trotzdem den Diskurs mit diesen Akteuren zu führen, ist die Aufgabe, die wir uns gestellt haben. Das ist nicht einfach, aber es ist wichtig, einerseits zu sagen: Wir wollen die Kontrolle über unsere Inhalte und über die Plattformen haben und uns nicht einseitig manipulieren lassen. Was mit Twitter passiert ist, seit es aufgekauft wurde, wissen wir: Es ist zu einem Sprachrohr nur noch aus einer Richtung geworden. Deswegen müssen wir die Plattformen regulieren und uns die Plattformen genauer ansehen. Das ist jedoch eine ganz andere Debatte, die wir an dieser Stelle jetzt nicht führen können.

Ich freue mich, dass viele von Ihnen schon bei uns waren. Ich möchte noch auf die Förderung durch das Medienboard eingehen, die wir erhalten. Sie ist für uns ein sehr wichtiger Bestandteil, um die Brücke zu schlagen zwischen dem Medienstandort Berlin-Brandenburg – und da kommt auch Brandenburg ins Spiel – und dem, was wir in der digitalen Gesellschaft, in der sehr dynamischen Start-up-Welt und in der Welt unserer Communitys erleben. Das ermöglicht diese Verknüpfung sehr stark über den Standort der Medien.

Wir haben es uns zur Aufgabe gestellt, und dabei unterstützt uns unter anderem das Medienboard, über unseren Call for Participation, zu dem im vergangenen Jahr knapp 2 000 Beiträge eingegangen sind, also fertige Vorträge, die wir in unser Programm integrieren konnten. Ich sage immer gerne: Es ist einerseits eine Zeitgeistdokumentation darüber, was gerade in der digitalen Gesellschaft diskutiert wird. Andererseits haben wir das Ohr auf der Schiene, das heißt, wir haben auch ein gewisses Forecasting. Ich stimme da zu; da kann die Politik gerne noch mehr hinschauen und sich einhören, was die Themen sind, die den Menschen auf den Nägeln brennen. Es sind nicht nur Unternehmensvertreter oder Menschen aus der öffentlichen Hand, sondern genauso Communityaktivistinnen und -aktivisten, Menschen, die in den unterschiedlichsten Bereichen mit der digitalen Gesellschaft zu tun haben, aus Gewerkschaften oder aus den unterschiedlichsten Hintergründen. Das macht es so bunt.

Wer bei uns keinen Platz findet, sind Brandstifter, also Leute, die die digitale Welt tatsächlich allein dafür nutzen, um Messages zu verstärken, die beispielsweise auf Fake News basieren. Deswegen haben wir dieses Thema auch als ein sehr großes bei uns. Ich unterstelle nicht einzelnen Personen, dass sie mutwillig falsche Nachrichten verteilen, aber es muss darüber geredet werden: Wer hat wirklich ein Interesse daran? Solche Leute möchte ich nicht bei uns auf der Veranstaltung haben, also Brandstifter, die in der digitalen Welt unterwegs sind.

Nach den Versäumnissen des Landes wurde auch gefragt: Ich sehe das eigentlich nur so, dass wir uns wünschen würden, noch viel mehr von unterschiedlichen Institutionen wahrgenommen zu werden. Vielleicht ist es ein Grund, dass wir erst 19 Jahre hier sind. Sie waren vielleicht alle schon mal bei uns, aber es wäre einfach schöner, wenn wir mitgedacht werden, auch von den Institutionen, visitBerlin, Berlin Partner et cetera. Es wäre gut, wenn man uns auf dem Schirm hätte. Man hat uns nicht auf dem Schirm, aber man nimmt Bilder von unseren coolen Veranstaltungen, wenn man Werbung für Berlin macht. Das sage ich jetzt mal so salopp. Das gilt nicht für alle, aber ich würde mir wünschen, dass dieser Fundus, den wir haben, dieses Pfund, das so viele Menschen aus 60, 70 Nationen mit mehr Frauen als Männern – wir sind sehr divers aufgestellt – nach Berlin kommen, noch mehr für die Stadt genutzt wird. Denn das ist das Pfund der Stadt. Deswegen freue ich mich, das kurz hier erwähnen zu dürfen. – Danke schön für den Moment!

Vorsitzender Andreas Otto: Damit sind wir mit der Antwortrunde durch. Jetzt habe ich trotzdem noch zwei Wortmeldungen. Wir sind ganz gut in der Zeit, deswegen will ich sie kurz noch aufnehmen. Das sind Herr Wesener und Herr Eschricht. Wir machen das so, aber möglichst kurz halten! Ich würde das nach Möglichkeit jetzt nicht noch einmal neu öffnen. – Herr Wesener!

Daniel Wesener (GRÜNE): Vielen Dank! – Danke auch für den letzteren Hinweis! Als Kulturpolitiker kenne ich dieses Setting: Viele Menschen tun viel für den Nimbus Berlins, auch ganz konkret für die Bruttowertschöpfung und so weiter, und natürlich auch für die Demokratie. Dann gibt es häufig nur einen feuchten Händedruck, wenn überhaupt. Ich glaube, die Wertschätzung – das wäre mir ein Anliegen – muss vom Land Berlin, von der Politik zum Ausdruck kommen. Vielleicht ist diese Ausschusssitzung ein Anfang, eine Bestätigung.

Sie haben viel über Pluralismus geredet. Meinungsfreiheit war das Stichwort, natürlich auch digitale Souveränität. Es gibt eine Voraussetzung dafür: Informationsfreiheit. Deswegen wollte ich Sie einmal fragen, wie Sie die aktuellen politischen Entwicklungen bewerten. Wir ha-

ben hier im Haus – ich sage als Grüner leider – auf Betreiben der Koalition eine Einschränkung des Informationsfreiheitsgesetzes erst vor Kurzem vorgenommen. Ich will die Debatte nicht wiederholen. Auf Bundesebene ist Ähnliches geplant, wird auch entsprechend kritisiert. Wie stehen Sie dazu? Oder was für eine Perspektive hat die re:publica auf diese Entwicklung? Vielleicht mögen Sie dazu uns als Gesetzgeberinnen und Gesetzgeber noch zwei, drei Worte mitgeben. – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Dann gab es noch eine Frage von Herrn Eschricht von der AfD-Fraktion.

Robert Eschricht (AfD): Vielen Dank, Herr Ausschussvorsitzender! – Auch danke noch einmal für die Antworten, Herr Gebhard! Ich habe mich gemeldet, nachdem Sie gesagt haben, Sie würden ungern Brandstifter auf der re:publica haben. Das ist immer eine Auslegungsfrage, finde ich, wer Fake News verbreitet – haben Sie gesagt –, wer das verstärkt, wer davon lebt. Ich glaube, wenn man sich die Debatte der letzten zehn, zwölf Jahre anschaut, kann man Fake News auch bei verschiedensten anderen etablierten Akteuren finden. Die Leute, die gekommen sind, seien Flüchtlinge, die Leute, die gekommen sind, zahlen unsere Renten, die Leute stabilisieren unser Wirtschaftswachstum. Das ist uns alles teuer zu stehen gekommen – die Energiewende, 500 Milliarden Euro für den teuersten Strom und so weiter. Ich will das gar nicht in der Breite auseinandernehmen, aber ich bin verwundert, dass der Debattenraum so verkleinert wird. Wir halten uns für die erfolgreichste Demokratiebewegung. Wir halten uns für basisdemokratisch. Das ist unsere Partei. Deswegen noch einmal meine Frage an Sie: Vor dem Hintergrund, dass Sie auch in nicht geringem Maße auf Steuermittel zugreifen, wäre die re:publica bereit, in dem Maße, wie Sie Redner oder Teilnehmer ablehnen, auch auf Kürzungen bei den Zuschüssen zu verzichten? Das wäre – ich sage mal – wenn man Sachsen-Anhalt nimmt, 44 Prozent der Zuschüsse oder, wenn man den Bundestrend nimmt, 29 Prozent: Wäre das akzeptabel?

Vorsitzender Andreas Otto: Jetzt habe ich das hier angefangen, und jetzt hat sich Frau Kühnemann-Grunow gemeldet. Die SPD-Fraktion war noch gar nicht dran, deswegen würde ich noch eine kurze Frage zulassen. Aber dann ist Schluss mit den Damen und Herren Abgeordneten, dann kommen wir zur Beantwortung, und dann müssen wir auf den Punkt kommen.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich mache es ganz kurz, aber dieses Verunglimpfen hier als „Kirchentag des Bückbürgertums“ möchte ich ungern im Raum stehenlassen. Gerade die Gemeinde rund um Digitales und Internet habe ich zumindest nie so wahrgenommen, sondern immer als eine Gemeinde von sehr kritischen Menschen. Ich habe dennoch drei Fragen – South by Southwest: Würde diese Ausgabe in Europa eine Konkurrenzsituation mit der re:publica erzeugen? Umgekehrt wissen wir, dass es Veranstaltungen der re:publica auch in den USA gab, zum Beispiel in Los Angeles. Was bedeutet das für uns hier in Europa und für unsere Veranstaltung in Berlin? Mich würde auch interessieren, welches Verhältnis zwischen den großen internationalen Digitalfestivals besteht. Die letzte Frage ist die nach dem Standort: Die re:publica hat in der STATION am Gleisdreieck stattgefunden. Mich würde interessieren, inwiefern dieser Standort auch für die Zukunft sicher ist. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Das war erfreulich kurz. Jetzt kommen wir aber wirklich zur letzten Beantwortungsrunde. Herr Gebhard und seine zwei Mitstreiter haben noch einmal das Wort.

Andreas Gebhard (republica GmbH): Lorenz Matzat würde gerne zum Thema beitragen, und danach bin ich dran.

Lorenz Matzat (Journalist): Ich wollte etwas zum Informationsfreiheitsgesetz sagen. Vielen Dank, weil ich auch Journalist bin, aktiv und lange! Das ist natürlich ein Unding, dass es eingeschränkt wird. Es war eine große Errungenschaft, die nicht zuletzt vom Netzwerk Recherche, einer Journalistenvereinigung, stark mit vorangetrieben worden ist. Ich habe Ihnen auch schon gesagt, dass ich Open Government und Open Data für ein wichtiges Thema halte. Offenes und transparentes Regierungshandeln steht einer Gesellschaft und ihrer Staatsform, die sich demokratisch nennt, einfach perfekt zu Gesicht. Das einzuschränken ist ein Rückschritt und zeigt, dass wir in Zeiten leben, in denen autoritäre Bestrebungen langsam einsickern.

Ich würde mir wünschen, dass die nächste Landesregierung – die möglicherweise eine andere ist oder sogar ziemlich sicher – das wieder zurücknimmt und in die entgegengesetzte Richtung geht. Natürlich im Bund: Das Portal FragDenStaat ist natürlich das, was vielen Verwaltungen ein Dorn im Auge ist und keine Fördergelder von Ministerien bekommt, soweit ich weiß. Das darf einfach nicht sein, dass das eingeschränkt wird. Jede Partei, die sich für demokratisch bezeichnet und so etwas mitbetreibt, müsste ihr Demokratieverständnis überdenken, meiner Meinung nach.

Andreas Gebhard (republica GmbH): So weit würde ich persönlich nicht gehen. Ich würde das so formulieren, dass ich das schon bedenklich finde, aber die Beweggründe in dieser aktuellen Debatte durchaus nachvollziehen kann. Es zeigt aber die Notwendigkeit der Debatten über das Thema und die Notwendigkeit solcher Veranstaltungen wie der re:publica, nämlich das richtige Maß zwischen Offenheit, Transparenz und Sicherheitsfragen zu gewährleisten. Das finde ich adäquat, dass wir auf solchen Veranstaltungen darüber reden können, wie wir sie durchführen.

Im Jahr 2027, auf der 20. Ausgabe vom 10. bis 12. Mai, habe ich ein sehr gutes Gefühl, dass wir ein tolles Jubiläum feiern können und dass wir das auch in der STATION feiern können. Ob wir das in den Jahren danach weiter in dieser Form machen? Sie kennen alle die Bebauungspläne, die es dort in der Gegend gibt. Sie haben auch gesehen, wenn Sie in den letzten Wochen dort waren, dass Vorderhäuser dieser Location abgerissen sind, dass das Technikmuseum eine neue Eingangssituation bekommt, auch die Baufelder, dass dort eine umfangreiche, für uns nicht durchsichtige Weiterentwicklung herrscht. Von daher sind wir natürlich daran interessiert, mit Institutionen des Landes zu sprechen, ob es Räumlichkeiten gibt, die die Größenordnung haben, die wir benötigen, um dort eine Veranstaltung durchzuführen. Da bin ich auch durchaus in dem einen oder anderen Gespräch. So viele Sachen kommen da nicht infrage. Die Messe Berlin ist es nicht als Ort, das funktioniert für uns nicht, aber es gibt eine Reihe von anderen Landesgesellschaften, mit denen wir auch zum Teil im Gespräch sind.

Ich wollte an dieser Stelle noch einmal zu Ihnen kommen und präzisieren, was ich mit damit meine, dass bestimmte Leute bei uns als Brandstifter nicht gewünscht sind. Wir haben Dutzende von Opfern digitalen Hasses bei uns auf der Veranstaltung. Diese nutzen die Veranstal-

tung als Safe Space, um über ihre Erfahrungen zu sprechen, wo Übergriffigkeiten stattfinden, die – mit Verlaub – nicht mit einzelnen Fake News, aus Ihrer Sicht, vielleicht zu vergleichen sind. Es geht hier um Personen, die wenig bis gar keine Öffentlichkeit haben, um über diese Fälle zu sprechen. Das ist die re:publica: ein Ort, an dem wir über Gegenmaßnahmen gegen Hass und Hetze sprechen können, an dem wir Menschen zusammenbringen, die das erfahren haben und auch Lösungen dafür entwickeln. Von daher ist es ganz wichtig, dass einzelne Personen, die solche verachtenswerten Handlungen vornehmen, keinen Platz bei uns finden.

Zu den internationalen Veranstaltungen wie South by Southwest und anderen möchte ich sagen: Es gibt derzeit eine Veranstaltung in London. Was das für Auswirkungen auf Berlin hat, kann ich nicht genau sagen, weil wir nicht im gleichen Bereich sind. Jeff Jarvis hat vor Jahren mal gesagt: re:publica is South by Southwest european style, the Davos of the people. – Ich finde, das trifft es immer noch ganz gut, weil bei uns Leute aus den unterschiedlichsten Hintergründen zusammenkommen und es eine internationale Strahlkraft hat. Deswegen sind wir auch unter anderem in den USA, um Menschen zu erreichen, die einen progressiven digitalen Dialog suchen, die nicht direkt vielleicht zu uns kommen, weil sie uns noch nicht gut genug kennen, und vielleicht im nächsten Schritt nach Berlin kommen. Das ist durchaus das Ziel: Berlin als Hauptstadt der digitalen Freiheit aufzubauen, auszubauen und Menschen hierherzuholen.

Da zähle ich natürlich auch auf den nächsten Senat, dass wir frühzeitig in die Situation kommen, welche Rolle wir spielen können, weil wir natürlich auch über die Ansiedlung von anderen Events rundherum als Hub, als Organisation, als Standort wirklich etwas daraus machen können, was die re:publica bisher geleistet hat. Da danke ich wirklich noch einmal von Herzen meinen drei Mitgründern Markus, Tanja und Johnny, aber auch dem ganzen Team, das das möglich gemacht hat, dass ich hier sitzen kann, dass wir hier sitzen können, Ihnen das präsentieren und Ihnen wirklich noch einmal mitgeben können, dass wir Ihre Unterstützung brauchen. Partner nehmen bei uns bestimmte Dinge mit: Hoffnung auf eine positive digitale Zukunft und neue Netzwerke. Das ist so ein Dreiklang, der sehr einmalig ist. – Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank für Ihre Ausführungen, für die Beantwortung der Fragen und dass Sie hierhergekommen sind! – Ich glaube, es war eine sehr aufschlussreiche Debatte. Wir haben etwas über die re:publica gelernt. Ich hoffe, dass wir uns alle im nächsten Jahr zum großen Jubiläum treffen. – Danke schön, Herr Gebhard! Danke schön, Herr Dr. Humborg! Danke schön Herr Matzat! Wir wünschen Ihnen noch einen angenehmen Tag. – Den Tagesordnungspunkt schließen wir ab. Ich würde jetzt fünf Minuten Pause machen. Dann können wir Frau Busch in die Mitte platzieren, und Sie können sich vielleicht noch einen Kaffee holen, falls noch welcher da ist. Wir machen um 10.55 Uhr weiter.

[Unterbrechung der Sitzung von 10.48 bis 10.57 Uhr]

Wir kommen zu

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Neue Konferenzformate im Bereich der Medien am
Beispiel der Konferenz für digitale Jugendkultur
(TINCON)**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0274](#)
BuEuMe

Hierzu: Anhörung

Dazu haben wir Frau Sheherazade Busch eingeladen. Sie ist Geschäftsführerin der TINCON gGmbH. – Herzlich willkommen! Sie haben jetzt schon die Sitzung hier ein bisschen verfolgen können. Wir freuen uns, dass Sie da sind und uns hier Rede und Antwort stehen wollen! – Der Ablauf ist wie schon geübt: Es gibt zunächst eine Begründung durch die einzelnen Fraktionen, dann fragen wir den Staatssekretär, ob er an der Stelle etwas beitragen möchte. Dann sind Sie mit einem Einführungsstatement von etwa fünf Minuten an der Reihe, und dann machen wir eine Fragerunde. Sie sind gebeten, die Fragen sich zu merken oder aufzuschreiben. Dann kommen wir irgendwie auch gut durch. Ein Wortprotokoll ist gewünscht. – Ich sehe allseitiges Nicken. Das würden wir dann auch machen. Dann können alle während der sitzungsfreien Zeit das Wortprotokoll studieren. Das ist auch eine gute Möglichkeit. Es beginnt mit der Begründung, und ich nehme mal an, Frau Kühnemann-Grunow macht das für die Koalition. – Bitte schön, Sie haben das Wort.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herzlich willkommen hier in unserer Runde im Abgeordnetenhaus, liebe Frau Busch! Der Vorsitzende hat es schon gesagt: „Neue Konferenzformate im Bereich der Medien am Beispiel der Konferenz für digitale Jugendkultur (TINCON)“ – Neue Konferenzformate sind immer auch ein Versuch, klassische Musterveranstaltungen aufzubrechen, bei denen mitunter frontal oder eben auch ältere Expertinnen und Experten einem passiven Fachpublikum gegenüber sitzen. Die TINCON ist – das konnte man in der Vergangenheit erleben – ein ganz anders aufgebautes Netzwerk. Interaktivität, Partizipation und Zielgruppenfokussierung stehen dort im Mittelpunkt. Die TINCON kann, glaube ich, auch ein Stück weit als Best-Practice-Beispiel gerade für innovative Medienformate gelten. Deswegen haben wir uns entschieden, nicht nur über die re:publica zu sprechen, sondern auch über die TINCON.

Man konnte auch im Mai sehr gut sehen, wie gut die Messe beziehungsweise das Netzwerktreffen angenommen wird. Auch die Exkanzlerin war da, und es war für mich sehr interessant zu sehen, wie das bei jungen Menschen ankommt. Es war wirklich spannend, wie groß die Resonanz war. Die Tagesthemen haben sehr explizit darüber berichtet.

Wir würden gerne heute noch einmal schauen, wie diese Kernmechanismen moderner, zielgruppengerechter Konferenzformate vielleicht auch woanders Niederschlag finden können, aber vielleicht auch was die Kernelemente der TINCON sind, also wie Sie das machen. Es gibt verschiedene Ansätze von Peer-to-Peer, über den Jugendbeirat und so weiter, wie das funktioniert. Wir diskutieren viel darüber, was Digitalisierung, künstliche Intelligenz und so weiter für junge Menschen bedeutet. Deswegen halten wir solche Veranstaltungen wie die TINCON für die Zukunft besonders wertvoll. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön für die Begründung! – Jetzt würde ich zunächst dem Staatssekretär das Wort geben, und dann kommen wir zu Ihnen.

Staatssekretär Florian Graf (CdS): Schönen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Busch! Ich würde mich auch kurz fassen, insoweit als wir natürlich thematisch hier anknüpfen an das, was zum TOP 4 jetzt auch herausgearbeitet worden ist. Ich habe mich eigentlich nur zu Wort gemeldet, um noch einmal aus Sicht des Senats zu unterstreichen, dass wir es hier auch mit einer Kooperation zur re:publica zu tun haben, die aber ihre primäre Zielgruppe bei den jungen Menschen zwischen 13 und 25 hat. Auch wir sehen es so, dass es – angesichts auch eines spezifischen Mediennutzungsverhaltens und spezifischer Erwartungen der jungen Menschen an Medieninhalte – absolut wünschenswert ist, für diese Zielgruppe Debattenräume zu ermöglichen und zu öffnen.

Denn ich denke, in dieser Gruppe sind die Herausforderungen besonders groß, besonders den Umgang mit den Medien zu lernen. Das sieht man auch daran, dass Sie auch mit Lehrkräften, mit Schulklassen, mit Bildungseinrichtungen im Gespräch sind. Die Herausforderungen für die jungen Menschen, was den Bereich Deep Fakes, Desinformation, KI betrifft, sind besonders groß, und man kann nicht früh genug damit beginnen, dort zu sensibilisieren und den Austausch zu suchen. Mich freut, dass auch das Medienboard Sie mit Ihrem Anliegen unterstützt. Auch ich bin ganz gespannt auf Ihre Ausführungen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Dann haben wir das auch geklärt. – Jetzt haben Sie das Wort, Frau Busch!

Sheherazade Busch (TINCON gGmbH): Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender! Sehr geehrte Mitglieder des Medienausschusses! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich Ihnen heute die TINCON vorstellen darf! Mein Name ist Sheherazade Busch. Sie haben das schon gehört. Ich bin die Geschäftsführerin der TINCON gGmbH und eine von drei Gesellschaften der gemeinnützigen GmbH mit Sitz hier in Berlin.

Ich möchte gerne mit drei kleinen Zitaten beginnen, um Ihnen vielleicht zu illustrieren, was die TINCON für junge Menschen, aber auch für Lehrkräfte bedeuten kann: Die TINCON war für mich und meine Schülerinnen eine sehr bereichernde Erfahrung. Besonders beeindruckt hat mich die Vielfalt der Themen und die Möglichkeit, mit jungen Menschen auf Augenhöhe über digitale Kultur, Medien und Zukunftsfragen ins Gespräch zu kommen. Man spürt, wie viel Engagement, Offenheit und Herzblut in diese Veranstaltung gesteckt wird –, eine Lehrerin nach ihrem Besuch in diesem Jahr in Berlin. Ein Teilnehmer meldete uns danach zurück: Für mich war die TINCON ein Ort, an dem man spürt: Die Zukunft gehört denen, die sie selbst in die Hand nehmen. – Ein Teilnehmer. Eine weitere Lehrerin meldete uns zurück: „Für meine Schülerinnen ist die TINCON jedes Jahr ein grandioses Riesenspektakel und ein anfassbares Tor zur Welt. Für Lehrkräfte sollte die TINCON als Fenster in die Lebenswelt der Jugend eine absolute Pflichtveranstaltung sein!!!“

Die TINCON ist die größte Konferenz für junge Menschen zwischen 13 und 25 Jahren im deutschsprachigen Raum für digitale Jugendkultur. Wir haben es gerade gehört, eine Art re:publica für Jugendliche. Dabei arbeiten wir seit Anbeginn vor zehn Jahren konsequent partizipativ mit der Zielgruppe zwischen 13 und 25 Jahren zusammen. Wir beenden jedes Jahr beziehungsweise starten jedes Jahr mit einer Programmumfrage. Wir sprechen mit Jugendli-

chen aus ganz Deutschland in halbstündigen Gesprächen und fragen sie: Was macht euch Angst? Was macht euch Sorge? Was gibt euch Hoffnung? Worauf freut ihr euch am meisten? Wir hören uns an, was Jugendliche im digitalen Raum beschäftigt, und erarbeiten mit ihnen gemeinsam in einem ehrenamtlichen U21-Team die Themen, die Kommunikationsformen und das, was auf den Bühnen passiert. Wir haben einen Jugendbeirat, den wir bei Fragen anrufen. Man sieht: Wir meinen Partizipation wirklich ernst.

In den vergangenen beiden Jahren haben wir bei unseren drei großen Veranstaltungen in Berlin, Hamburg, Köln beziehungsweise Dresden pro Jahr jeweils 8 000 junge Menschen erreicht. Alle Termine waren Wochen vorher restlos ausgebucht.

Lassen Sie mich aber einmal vom Ende anfangen: Was würde jungen Menschen in Berlin fehlen, wenn es die TINCON nicht mehr gäbe? Leider ist diese Option durchaus denkbar, da die Förderung für die TINCON immer stärker zurückgeht. Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina hat 2025 gezeigt, wie stark digitale Plattformen den Alltag junger Menschen prägen und wie sehr kurze, emotionalisierte Inhalte Orientierung und Wohlbefinden negativ beeinträchtigen können. Sie betont aber auch, dass Prävention wirkt – durch Aufklärung, altersgerechte Begleitung und Medienkompetenz. Die unabhängige Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“, eingesetzt von der Bundesministerin Karin Prien, kommt in ihren Handlungsempfehlungen 2026 zu einem ähnlichen Befund: Jugendliche brauchen kompetente Ansprechpersonen zu Medienfragen, weil Eltern und Lehrkräfte dafür häufig nicht als geeignet wahrgenommen werden. Gerade der Austausch unter Gleichaltrigen wird noch zu wenig genutzt. Auch die PISA-Studie, die gestern veröffentlicht wurde, zeigt uns: Lernen in der digitalen Welt wird immer mehr in den Fokus gerückt.

Die TINCON ist seit zehn Jahren genau das: Mit kompetenten Ansprechpersonen und echtem Austausch auf Augenhöhe versuchen wir, diese Themen auf die Bühne zu bringen. Auf unseren Bühnen, in Workshops und in interaktiven Formaten geht es um Medienkompetenz im ganz konkreten Sinne: den Umgang mit KI-generierten Inhalten und Desinformation, das Erkennen von falschen Informationen auf TikTok und Instagram, digitale Selbstbestimmung, aber auch um Zukunftsberufe, mentale Gesundheit, gesellschaftliche Spaltung und die Zukunft der Demokratie. Immer mit Blick darauf, wie diese Themen im digitalen Alltag junger Menschen tatsächlich ankommen. Im öffentlichen Diskurs werden diese Themen aber selten mit Jugendlichen gemeinsam verhandelt. Junge Menschen sind die Zukunft, werden aber selten angehört, und ihre digitalen Lebenswelten werden kaum als eigene Kulturräume ernst genommen.

Wir alle erleben es gerade im aktuellen Wahlkampf hier in Berlin. Es ist kein abstraktes Thema. Ab dem 20. September wählen zum ersten Mal auch 16-Jährige das Abgeordnetenhaus. Das ist die Zielgruppe, die wir auf der TINCON adressieren. Wie sehr die Polarisierung zunimmt, gerade im digitalen Raum, wie viel Desinformation auch von ausländischen Akteuren immer wieder zu erkennen ist, sehen wir nicht zuletzt bei den Bundestagswahlen und am letzten Wochenende. In genau diesem Umfeld brauchen junge Menschen geschützte Räume mit kompetenten Ansprechpartnerinnen, in denen sie eigene Fragen stellen und ihre eigenen Themen auf die Bühnen bringen beziehungsweise sie dort erleben können. Vor allem ist es aber für viele Jugendliche ein hochgradig wertschätzendes Erlebnis, die Themen, die sie digital beschäftigen, auf einer ganz analogen Bühne wiederzufinden. Wir schaffen damit Momente, die bei Jugendlichen einen entscheidenden Unterschied machen können.

Wir sind seit 2016 anerkannter Träger der freien Jugendhilfe und arbeiten unter anderem mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe an einem Themenschwerpunkt zur Wirtschaftsbildung.

Zuallerletzt möchte ich auf ein Format eingehen, auf das ich besonders stolz bin – mit Blick auf die Uhr halte ich mich kurz –, und zwar ist das die Zusammenarbeit mit der re:publica. Viele Institutionen behaupten, Generationen zusammenzubringen und versprechen, ein Angebot für junge Menschen zu schaffen, aber wir lösen dieses Versprechen tatsächlich ein, indem wir Generationen zusammenbringen: Generationen, die sich gegenseitig zuhören, die auf den Bühnen eine Welt erleben, die sie sonst so nicht kennenlernen, und die im Publikumsraum der re:publica, der TINCON, zusammenkommen und nebeneinander sitzen.

Was mir zunehmend Sorge bereitet, ist allerdings unsere finanzielle Situation. Wir verstehen uns als sozial verantwortliche Organisation. Anders als viele andere Träger, die ihr Team nach der Veranstaltung wieder entlassen, beschäftigen wir unser Team ganzjährig. Der Grund dafür ist sehr einfach: Digitale Jugendkultur verändert sich enorm schnell, und gerade deshalb ist sie auch komplex. Müssten wir ständig neue Menschen einarbeiten, würden wir wichtiges Wissen verlieren, und die Qualität unserer Veranstaltung würde darunter leiden. Dies gilt vor allem in der Zusammenarbeit mit jungen Menschen.

Wer ehrenamtlich bei uns mitarbeitet – in der Kooperation, in der Kommunikation und auf der Bühne – und eben unter 21 Jahre alt ist, der braucht verlässliche Ansprechpartnerinnen, die das ganze Jahr über ansprechbar sind. Wir stehen dabei im Wettbewerb mit vielen anderen gemeinnützigen Organisationen. Wir wissen das, und trotzdem macht mir diese Entwicklung große Sorge. Wir können in der jetzigen Situation das Niveau und im schlimmsten Fall die Veranstaltung, so wie sie im Moment ist, nicht halten. Ich freue mich auf den im Anschluss stattfindenden Austausch mit Ihnen, und danke Ihnen sehr für Ihre Zeit!

Vorsitzender Andreas Otto: Herzlichen Dank! – Es beginnt Frau Ahmadi für Bündnis 90/Die Grünen. Ansonsten sammle ich Wortmeldungen.

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE): Vielen herzlichen Dank, dass Sie heute hier sind! – Wir freuen uns sehr. Sie haben gerade von Generationen gesprochen. Zwischen 13 und 25 Jahren liegt natürlich eine Generation, aber es ist jetzt nicht eine Generation, die zu weit auseinander ist – wenn ich das so sagen kann. Haben Sie auch Formate, in denen Sie die ältere Generation mit den jüngeren zusammenbringen, also die, die älter als 25 oder gar älter als 40 oder 50 sind?

Zudem würde ich gerne zur Frage kommen: Die Zielgruppe ist jetzt nicht unbedingt von den klassischen Medien begeistert beziehungsweise wird von denen häufig auch ignoriert. Welche konkreten Voraussetzungen braucht ein solches Format, damit Jugendliche nicht nur konsumieren, sondern den Programminhalt selbst aktiv gestalten – für die klassischen Medien, falls sie da Ideen haben?

Sie haben auch sehr viel gerade zu Ihrer Arbeit, zu Desinformation, Hatespeech und algorithmengesteuerten Medien gesprochen. Das betrifft natürlich die Jugendlichen im Netz ganz besonders, aber auch ältere. Welchen Beitrag leistet die TINCON zur Stärkung der kritischen Medienkompetenz? Wie erreicht das Projekt auch Jugendliche außerhalb der akademischen

Bildungsnetzwerke? Welche strukturelle Unterstützung brauchen Sie jenseits von dem, was Sie jetzt gerade noch von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe bekommen? Wie könnte das Projekt nachhaltig wachsen und praktisch in die Strukturen hineingehen?

Die letzte Frage wäre: Wie intensiv ist die Vernetzung und Synergie der TINCON mit anderen Akteuren wie der re:publica oder Berliner Schulen und Jugendeinrichtungen? Wo stoßen Sie dabei an Grenzen der landesweiten Infrastrukturen? – So weit von mir!

Vorsitzender Andreas Otto: Weiter geht es mit Herrn Goiny für die CDU-Fraktion.

Christian Goiny (CDU): Auch von unserer Seite vielen Dank für Ihre Ausführungen und auch für die Arbeit, die Sie mit dieser Konferenz seit Langem leisten! Mich würde noch einmal interessieren: Die Themen, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Ihrer Sicht am meisten beschäftigen – welche sind am meisten nachgefragt? Welche Möglichkeiten haben die jungen Leute auch, sich mit ihren Themen an die TINCON zu wenden und sich dort Raum und Gehör zu verschaffen? Wie schaffen Sie es – oder mit welchen externen Partnern versuchen Sie, Ihr Programm zu organisieren? Können Sie sich vorstellen, das auch noch mit weiteren Akteuren auszuweiten? Sie haben eben auch schon auf die schwierige finanzielle Lage hingewiesen. Haben Sie da möglicherweise auch noch Ideen und Partner, mit denen Sie ins Gespräch kommen wollen, wo vielleicht auch Politik oder Verwaltung noch eine Hilfestellung geben kann, um auch in Zeiten schwieriger öffentlicher Haushaltslagen Ihre Arbeit weiter zu stabilisieren?

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön, Herr Goiny! – Jetzt kann ich zwischendurch mal eine Schulklasse hier begrüßen, eine elfte Klasse der Anne-Sophie-Schule, eine freie Schule in Steglitz-Zehlendorf. Herzlich willkommen! Das passt auch gut, weil wir hier gerade über die TINCON sprechen, die Konferenz für digitale Jugendkultur. Insofern ist es also sicherlich für junge Menschen auch sehr interessant. Wir machen dazu eine Anhörung und sind gerade in der Fragerunde. In der Fragerunde macht jetzt weiter Frau Kühnemann-Grunow für die SPD-Fraktion.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wenn man sich das Publikum der TINCON anschaut, hätte ich gerne noch einmal eine Einschätzung, weil ganz häufig ein Vorwurf im Raum steht, dass es sich bei den Teilnehmenden ganz häufig um bereits politisch, digital und vielleicht auch kulturell vorgeprägte Menschen handelt. Mich würde interessieren, was die TINCON unternimmt, um beispielsweise auch Jugendliche aus bildungsfernen Schichten zu gewinnen, vielleicht auch aus dem ländlichen Raum. Das ist nämlich auch ein Thema. Wenn wir uns beispielsweise anschauen, dass es auch einen relativ großen Fokus auf Großstädte gibt – ich schaue jetzt mal auf die Wahlen in Sachsen-Anhalt und auch auf den ländlichen Raum –, dann müssen wir da auch Jugendliche erreichen. In dem Zusammenhang vielleicht auch die Frage, wie zum Beispiel Zubringerfahrten organisiert werden können, was ich persönlich sehr wichtig fände.

Dann vielleicht auch noch einmal die Frage, wie sich das Land Berlin besser einbringen kann, um die Verknüpfung von TINCON und Schule besser zu gestalten. Wir haben den Auftrag in der Schule, Medienkompetenz, Digitalisierung und so weiter auch zu Unterrichtsinhalten zu machen. Aber gerade was diesen Peer-to-Peer-Ansatz angeht, ist das natürlich noch einmal

etwas anderes, wenn man in Kontakt mit Menschen kommt, die im gleichen Alter sind und die die gleichen Themen bewegen.

Was das Thema Finanzierung angeht: Ich finde es super, dass es für den Besuch keine finanziellen Hürden gibt, weil der Zutritt oder der Eintritt kostenfrei ist. Da liegt natürlich schon auch nahe, Sie haben es angesprochen, dass Gemeinnützigkeit immer schwer zu finanzieren ist. Vielleicht da auch noch einmal: Welchen Wunsch formulieren Sie? Was ist Ihr Appell an den politischen Raum? – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Weiter geht es mit Frau Helm für die Linksfraktion. – Bitte schön!

Anne Helm (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Frau Busch, einmal für Ihre Arbeit, aber auch dafür, dass Sie uns hier Ihre Arbeit erläutern und uns für Fragen zur Verfügung stehen! – Ich möchte mich der Frage der Kollegin Kühnemann-Grunow nach den sozialen Hürden anschließen, die es – auch wenn Sie keine finanziellen Hürden haben – trotzdem immer erst einmal zu überwinden gilt. Deswegen würde mich interessieren, ob Sie eigene Erhebungen dazu haben, welche Jugendlichen Sie erreichen, also welche Schulform oder ob Sie auch gezielt versuchen, Jugendliche anzusprechen, die in einer benachteiligten Situation leben und vielleicht größere Hürden haben, überhaupt auf Ihr Angebot zu kommen. Sie haben ja beschrieben, dass Sie die Tickets sehr schnell loswerden. Es ist natürlich die Frage: Es ist auch eine Form von Privileg, dabei sein zu können.

Mich würde interessieren – Sie haben es angesprochen –: Sie haben einen Jugendbeirat. Vielleicht können Sie noch einmal erläutern, wie der arbeitet und was für Einfluss- und Mitsprachemöglichkeiten der tatsächlich hat. Das würde mich auch noch interessieren. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Jetzt ist meine Redeliste hier erschöpft. Ich schaue mal in die Runde. Habe ich irgendjemand übersehen? – Das ist nicht der Fall. Dann würden wir jetzt wieder so verfahren, dass Sie die Gelegenheit haben, alles zu beantworten. Ich schaue mal zum Staatssekretär. – Der hat im Moment keinen Bedarf und hat auch keine Fragen erhalten. Insofern können Sie jetzt alles, was hier aufgeworfen wurde, an Fragen beantworten. – Bitte schön, Frau Busch.

Sheherazade Busch (TINCON gGmbH): Vielen Dank für die umfangreichen und mir auch helfenden Fragen, Ihnen noch einmal einen genaueren Einblick in unsere Arbeit geben zu können! Ich würde dabei von hinten beginnen und mit der Zielgruppe starten, wie wir es schaffen, auch benachteiligte Jugendliche zu erreichen beziehungsweise Jugendliche mit einer vielleicht noch nicht so ausgeprägten digitalen oder politischen Bildung. Da möchte ich darauf zurückkommen, dass uns vor allem auch viele Schulklassen besuchen. Allein in Berlin sind das über 100 Schulklassen, die zu uns kommen – nicht, weil wir als Bildungsprojekt angetreten sind. Wir sind eigentlich eine Konferenzgesellschaft für junge Menschen, aber wir sehen, dass wir einen großen Teil der außerschulischen Bildung abdecken können. Wir schaffen es über den Weg der Schulen Jugendliche aus allen Teilen der Stadt zu erreichen, auch über die Stadtgrenzen hinaus, insbesondere aus sozial schwierigen Stadtteilen und aus allen Schulformen.

Das gelingt uns, weil wir die Lehrkräfte direkt ansprechen. Das ist eine enorme Arbeit, denn wir sprechen Lehrkräfte direkt an und sagen: Sie unterrichten doch das Thema XY. Haben Sie nicht Interesse, zu uns zu kommen? – Mittlerweile haben wir natürlich ein großes Netzwerk von teilnehmenden Schulen, die immer wieder zu uns kommen, aber es sind wirklich alle Schulformen vertreten, von der Vorbereitungsschule, in der Jugendliche einen Abschluss machen können, bis hin zum Gymnasium in Zehlendorf. Es sind Inklusionsklassen dabei, und wir versuchen, es immer möglich zu machen. In Zusammenarbeit mit der Republica ist es möglich. Es ist uns gelungen, Gehörlosenklassen den Zugang zu ermöglichen, indem wir Gebärdendolmetscher an den Bühnen haben oder man sich diese mit zu den Bühnen nehmen kann.

Wir schaffen Angebote – das ist, glaube ich, wichtig –, die außerhalb der Bühne stattfinden. Das sogenannte Off-Stage-Programm ermöglicht jungen Menschen einen niedrigschwelligen Einstieg in dieses Konferenzformat. Das kann über ein partizipatives Game oder eine VR-Welt, in die ich erst einmal eintauche, funktionieren, das kann aber auch über einen Escape Room funktionieren, den wir diesmal zum Beispiel zum Thema Wirtschaftsbildung hatten. Das kann auch eine DIY-Station sein, in der ich zum Beispiel ein Recyclingprojekt mit einer Creatorin aus dem digitalen Raum gemeinsam erarbeite oder mit an einem 3D-Drucker stehe. Diese Möglichkeiten schaffen es, jungen Menschen, die sich noch nicht sicher sind: Oh, jetzt muss ich mich in einen Talk setzen –, wir alle waren auch mal 14 oder 15, und vielleicht ist das nicht sofort das Erste, was man machen möchte –, einen Einstieg zu bieten. Damit geben wir jungen Menschen erst einmal die Möglichkeit, anzukommen und zu merken: Hier ist etwas, das genau für mich kuratiert wurde.

Die Jugendlichen, die auch im ländlichen Raum zu finden sind: Wir sprechen natürlich gerade hier im Berliner Umland die Schulen genauso an. Wir prüfen immer die Möglichkeiten, zum Beispiel Shuttlefahrten oder Zubringerfahrten zu ermöglichen. Wir haben das bei unserer Veranstaltung in Dresden massiv erlebt, wo fast mehr als die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem ländlichen Raum kamen. Hier in Berlin und Brandenburg fördert uns das Medienboard ebenfalls. Das ist auch ein Anspruch, den wir haben. Tatsächlich sind unsere Wartelisten lang. Wir könnten die TINCON auch durchaus größer oder mehrmals im Jahr durchführen. Die Hürden, die uns entgegenstehen, sind vor allem in der Finanzierung. Aber tatsächlich sehen wir, dass der Andrang auf unsere Veranstaltung riesig ist, und ich glaube, wir könnten das durchaus ausweiten. So etwas wie Zubringerfahrten oder Shuttlefahrten aus dem ländlichen Raum nach Berlin zu organisieren, wäre absolut in unserem Sinne und auch absolut denkbar. Zum Glück ist unser S-Bahn-Netz doch sehr zuverlässig, sodass man auch vom Stadtrand sehr gut zu unseren Veranstaltungen kommen kann.

Unsere Veranstaltungen sind für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer kostenlos. Das ist richtig. Und unser Appell an den politischen Raum ist tatsächlich dergestalt: Wir sind seit zehn Jahren an Projektförderung gebunden. Ich verstehe den Sinn dahinter. Allerdings kommen wir mit der Projektförderung langsam an den Punkt, an dem sowohl Stiftungen, die uns unterstützen – nicht nur die öffentliche Hand –, sagen: So langsam würden wir uns dann auch mal verabschieden. Das ist bei den privaten Stiftungen wie der ZEIT-Stiftung, der Robert-Bosch-Stiftung oder auch der Joachim-Herz-Stiftung gang und gäbe. Man macht das einige Jahre und entlässt dann ein Projekt wie die TINCON an die öffentliche Hand. Und die öffentliche Hand sagt irgendwann: Die Projektförderung müsste jetzt mal auslaufen, das müsste eine in-

stitutionelle Förderung werden, aber für eine institutionelle Förderung ist leider kein Geld da.
– Das ist die Misere, in der wir nun mal stecken.

Tatsächlich wäre der Appell: Es braucht Formate wie die TINCON, vor allem in Berlin. Das ist unser Leuchtturmprojekt. Wir brauchen aber eine strukturelle Förderung, um vor allem unser Team ganzjährig bezahlen zu können. Wir reden dabei über kein großes festes Team. Im Moment sind es zehn Leute, die diese drei Großveranstaltungen betreuen und die Arbeit mit den Jugendlichen leisten. Wenn das gesichert wäre, könnten wir sehr viel besser auch an weiteren partizipativen Projekten mit den Jugendlichen und sehr viel intensiver arbeiten, weil diese Arbeit einfach Zeit braucht.

Die Arbeit und der Einfluss der Jugendlichen sind besonders groß. Zum einen gibt es den Jugendbeirat, den wir bei Fragen anrufen, aber vor allem ist es das U21-Team, das ab Februar für den Rest des Jahres einmal die Woche mit uns zusammenarbeitet – ehrenamtlich, für eine minimale Ehrenamtspauschale, die wir am Ende des Jahres auszahlen. Natürlich ist das auch ein wenig daran gekoppelt, dass man eine gewisse Anzahl an Teilnahmetagen haben muss. Aber vor allem schaffen wir es, Jugendliche das ganze Jahr über dafür zu begeistern, mit uns zusammenzuarbeiten. Das sind 20 Jugendliche aus ganz Deutschland. Wir treffen uns über Videokonferenzen mit den Jugendlichen, und zu den Veranstaltungen selbst kommen sie dann dazu.

Ich glaube, einer der Hebel ist, dass Jugendliche sehen, dass ihre Arbeit auf den Veranstaltungen Früchte trägt. Sie sehen einen Programmpunkt, den sie mit uns gemeinsam erarbeitet haben, der dann auf der Bühne landet. Sie sehen ein Interviewformat, das sie sich ausgedacht haben, das danach auf der Veranstaltung mit Idolen aus dem digitalen Raum stattfindet und das sie selbst umsetzen können. Ich glaube, diese Selbstwirksamkeit ist für Jugendliche einfach der entscheidende Schlüssel.

Damit würde ich einmal zu Ihrer Frage zurückkommen, was auch klassische Medien daraus lernen können. Ich glaube, Partizipation bedeutet immer, einen Teil der eigenen Macht abzugeben. Das ist, glaube ich, etwas, das sich viele bewusst machen müssen. Ich kann nicht junge Menschen beteiligen, wenn ich aber daran festhalte, dass am Ende ich doch alles so mache, wie ich es immer schon gemacht habe. Das bedeutet auch immer ein Stück weit Disruption.

Wir müssen es aber vor allem schaffen, dass junge Menschen die Möglichkeit haben, ihre eigene Selbstwirksamkeit auch danach sehen und in irgendeiner Form wahrnehmen zu können. Wie viele Projekte gibt es, die sagen – ich sehe das immer in den Berliner Fenstern –: Macht mit, reicht eure Ideen ein! –, und so weiter und danach verpufft es. Wir wissen alle nicht, was da mit den Einreichungen passiert, und das ist, glaube ich, fatal für Jugendbeteiligung.

Der Beitrag, den wir zur kritischen Haltung leisten, ist zum einen natürlich ganz klar, dass auf den Bühnen und in den Workshopräumen bei uns genau Themen der kritischen Haltung im digitalen Raum thematisiert werden. Vor allem aber befördern wir immer wieder den Austausch mit den Jugendlichen. Das heißt, jeder Talk, der auf der Bühne stattfindet, wird von einem Q&A begleitet. Das heißt, es gibt immer die Möglichkeit der Rückfragen. Es gibt die Möglichkeit, dass wir immer wieder neu an Formaten arbeiten, damit die Jugendlichen sich einbringen können, weil wir genau diesen Austausch wollen. Das ist für viele Jugendliche das

erste Mal, dass sie überhaupt nach ihrer Meinung gefragt werden. Was dazu führt, dass es manchmal einen Moment braucht, weil junge Menschen es häufig nicht gewohnt sind, eine Antwort zu geben, die sie wirklich glauben, und nicht eine Antwort, die vermeintlich richtig ist. Das ist eine Aufgabe, die wir als TINCON dann auch erfüllen wollen, weil wir kritische Diskussionen fördern wollen. Wir sind natürlich in einem Spannungsfeld: Junge Menschen sehen sehr kritisch, was im digitalen Raum passiert, ihre Lebensrealität findet aber auch im digitalen Raum statt. Das ist ein vermeintlicher Widerspruch, den wir dann aushalten und der dann eben diskutiert wird.

Wie wir nachhaltig wachsen können – ich glaube, dazu habe ich gerade auch schon etwas gesagt –: Wir brauchen tatsächlich ein gutes Fundament der Förderung, gerade für unser Team, um auch die Möglichkeit haben zu wachsen, um noch mehr Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, unsere Veranstaltungen zu besuchen. Es gibt ein enormes Wachstumspotenzial für das, was wir als TINCON machen.

Vielleicht noch eine kurze Antwort auf eine der Fragen, die Herr Goiny mir gestellt hat: Welche Themen sind am gefragtsten? Es sind natürlich Fragen zu KI. Es sind tatsächlich Fragen auch zu den ganz großen Themen, die junge Menschen bewegen, also Themen wie Krieg, schlechte Wirtschaftslage oder sehr dystopische Blicke auf ihre Zukunftsperspektiven. Natürlich immer wieder Bereiche wie Social Media: Tut mir das gut? Mir geht es gar nicht gut damit, was ich hier im digitalen Raum erlebe. Wie kann ich mich selbst davor schützen? –, das ist tatsächlich ein großer Anteil, aber auch ein großes Interesse daran, wie man selbst aktiv werden kann, wie man Dinge verändern kann, wie man in die eigene Selbstwirksamkeit kommt.

Dafür ist vor allem unsere Programmumfrage maßgeblich, bei der wir mit Jugendlichen aus ganz Deutschland sprechen. Das U21-Team, mit dem wir das ganze Jahr über sprechen, und – das möchte ich wirklich nicht hinten anstellen – wir sprechen ja auch mit den Jugendlichen, die wir auf den Veranstaltungen haben. Wenn ich von 8 000 Jugendlichen spreche, die wir auf unseren Veranstaltungen begrüßen können, dann reden wir auch mit denen. Wir führen natürlich Umfragen durch, aber vor allem ist es uns wichtig, dass wir auf den Veranstaltungen zu den Jugendlichen gehen und sagen: Hat dir das gefallen? Fandest du das gut? –, oder auch zu denen, die in einer Ecke sitzen, und nachfragen: Gibt es irgendetwas, was wir besser machen könnten? Gibt es etwas, das du doof findest? Gibt es einen Grund, warum du dich jetzt gerade nicht so richtig aufgehoben fühlst?

Das machen wir mit Jugendsozialarbeitern zusammen. Wir schauen immer, dass wir, wo wir Probleme und Hürden sehen, die Besten zusammenkriegen, die es gibt. Für den digitalen Raum sind das häufig Akteure aus dem digitalen Raum, vor allem junge Journalistinnen und Journalisten oder auch etablierte Journalistinnen und Journalisten. In der direkten Arbeit mit den Jugendlichen ist das natürlich auch die Jugendsozialarbeit. Hier in Berlin arbeiten wir gerade an einem Projekt, bei dem wir mit unseren Angeboten – also mit Workshops zu digitaler Bildung – direkt in die Jugendzentren gehen. Das heißt, noch niedrigschwelliger für die Jugendlichen, die aus ihren Kiezen eigentlich gar nicht rauskommen: Wir gehen quasi mit Angeboten digitaler Bildung in die Jugendzentren. Wir starten gerade mit einem Pilotprojekt und gehen nach Spandau, Marzahn, Kreuzberg und Wedding und arbeiten dort mit Jugendzentren zusammen. Das ist dann wirklich diese totale Basis- und Graswurzelarbeit, dass wir zu den Jugendlichen gehen und mit ihnen gemeinsam erarbeiten, welche Themen für sie inte-

ressant sind. Das ist natürlich KI im eigenen Umgang oder was das für mich bedeutet, aber auch vieles andere. Das ist gerade ein Projekt, das wir aufsetzen. Wir arbeiten also auch in die Breite und in die Communitys hinein. Wir strengen uns an, so viele junge Menschen wie möglich zu erreichen. So viel erst einmal von mir! – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Herzlichen Dank! – Damit sind wir am Ende der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt angelangt. Mir bleibt, Ihnen im Namen des Ausschusses ganz herzlich zu danken, Frau Busch. Ich glaube, wir haben einen guten Einblick darin erhalten, was Sie tun und was die TINCON ist. Wir sind neugierig, ob Sie vielleicht den einen oder anderen von uns auch mal einladen, damit man das aus nächster Nähe und in der Diskussion mit jungen Leuten selbst erfahren kann. – Wir haben ein Wortprotokoll verabredet. Ich schlage vor, dass wir den Tagesordnungspunkt abschließen und nicht vertagen. Wir haben mutmaßlich keine Sitzung mehr, in der wir das aufrufen könnten. Insofern schließen wir den Tagesordnungspunkt ab. – Wir bedanken uns bei Ihnen, Frau Busch! Sie können gerne noch weiter zuhören, was wir so treiben, oder Ihrem sonstigen Tagwerk nachgehen.

Wir kommen zu

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Aktuelle Verhandlungen zum
Hauptstadtfinanzierungsvertrag – Stand und
Perspektive**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0257](#)
BuEuMe

Wenn ich mich richtig entsinne, war ursprünglich auch eine Anhörung vorgesehen. Da haben wir uns so verabredet, dass wir das nicht machen, sondern dass wir das hier besprechen. Wir begrüßen dazu Frau Staatssekretärin Mildenberger der SenFin. Schön, dass Sie da sind und unsere Arbeit hier unterstützen möchten! – Wir würden so verfahren, dass wir zunächst der Fraktion Die Linke die Gelegenheit zu einer Begründung geben und dann vielleicht der Staatssekretärin und dem Staatssekretär die Gelegenheit geben, ein bisschen auszuführen, wie der Stand ist. Sie sind alle sehr neugierig. Dann kommen wir in die Debatte. Es beginnt Die Linke mit der Begründung. – Herr Schatz, bitte schön!

Carsten Schatz (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir haben diesen Besprechungspunkt angemeldet, weil wir in der Tat wissen wollen, wo die Verhandlungen über den neuen Hauptstadtfinanzierungsvertrag tatsächlich stehen. Wir haben in der Vergangenheit immer mal wieder im Rahmen der Aktuellen Viertelstunde Fragen dazu gestellt, die aus unserer Sicht nicht befriedigend beantwortet wurden, und dachten, insofern kann vielleicht eine Besprechung als Tagesordnungspunkt hier im Ausschuss zur Erhellung beitragen. Zumindest besteht mit der Anwesenheit der Staatssekretärin aus der Senatsverwaltung für Finanzen ein bisschen Hoffnung, dass wir das eine oder andere erfahren.

Es ist so, dass der Vertrag Ende nächsten Jahres ausläuft. Was jetzt zwischen Berlin und dem Bund verhandelt wird, wird für die nächsten zehn Jahre die finanziellen Beziehungen prägen. Es geht, wie wir alle wissen, nicht um Kleinigkeiten. Da sind immer wieder besondere Belastungen Berlins als Hauptstadt diskutiert worden, insbesondere bei der inneren Sicherheit, es geht um Kultur von nationaler Bedeutung und natürlich – zumindest war das der Presse im Frühjahr dieses Jahres zu entnehmen, als der Regierende Bürgermeister und der Bundeskanzler sich gemeinsam zu dem Thema geäußert haben – um die Frage, ob Aufgaben und Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Land vielleicht auch anders verteilt werden könnten. Auch das wurde als Diskussionspunkt benannt.

Wie aktuell die Frage der Sicherheitskosten ist, hat gestern eine Erklärung der Gewerkschaft der Polizei – GdP – deutlich gemacht. Sie hat ganz aktuell die enormen Belastungen durch Demonstrationen, Staatsbesuche und andere Großlagen beklagt und ausdrücklich aufgefordert, dass Berlin im neuen Hauptstadtvertrag gegenüber dem Bund deutlich mehr durchsetzen muss.

Nun fallen solche Erklärungen nicht vom Himmel, und ich will auf der anderen Seite auch gar nicht behaupten, dass der Senat die GdP beauftragt hat, gebt uns mal so eine Erklärung, das mag helfen. – Aber das Timing ist zumindest aus unserer Sicht bemerkenswert. Wir haben erfahren, dass man mitten in laufenden Verhandlungen ist; so war zumindest der Stand auch

auf unsere letzten Nachfragen in der Aktuellen Viertelstunde noch. Wenn man mitten in laufenden Verhandlungen öffentlich noch einmal deutlich mehr Druck auf eine stärkere Beteiligung des Bundes legt, liegt zumindest die Vermutung nahe, dass offensichtlich dieser Punkt in den Verhandlungen noch nicht abschließend geklärt wurde oder anders gesagt: Vielleicht sind die Verhandlungen dann doch nicht so weit, wie der Senat uns bisher glauben machen möchte. Das wäre aus unserer Sicht auch nicht überraschend. Auch die Position der GdP ist übrigens nicht überraschend. Die fordert seit Längerem, die Beteiligung des Bundes an den hauptstadtbedingten Sicherheitskosten erheblich auszuweiten. Da waren erhebliche Summen genannt worden. Gleichzeitig gibt es auch bei der Kultur aus Berlin Erwartungen an ein stärkeres finanzielles Engagement des Bundes. Auch dazu gab es den Sommer über Pressebeurichterstattungen im Tagesspiegel. Wie gesagt, aus unserer Sicht sind das durchaus Fragen von erheblicher finanzieller Tragweite.

Umso bemerkenswerter finde ich, ist die Tatsache, wie wenig das Parlament darüber eigentlich erfährt. Der Senat hat uns mitgeteilt, sowohl auf Fragen, Anfragen oder auch in anderen Ausschüssen, dass die Verhandlungen sehr weit fortgeschritten seien, und ein zeitnahe Abschluss sei angestrebt. Zu Verhandlungsständen, finanziellen Größenordnungen und konkreten Forderungen gibt es natürlich unter Verweis auf die Vertraulichkeit überhaupt keine Auskunft. Ich finde, genau da liegt das Problem. Von heute ab gerechnet in elf Tagen wird hier ein neues Abgeordnetenhaus gewählt. Wenn dieser Senat jetzt noch einen Vertrag vorbereitet, der Berlin über viele Jahre bindet, muss das Parlament aus unserer Sicht zumindest erfahren, was die politischen und finanziellen Eckpunkte sind. Eine Vertraulichkeit ist bei Verhandlungen nachvollziehbar, aber Vertraulichkeit bedeutet aus unserer Sicht nicht, dass die parlamentarische Kontrolle vollständig entfällt. Deswegen fragen wir heute und noch einmal sehr deutlich: Wo stehen die Verhandlungen wirklich? Was ist bereits geeint, und worüber wird noch gestritten? Ist insbesondere die Finanzierung der hauptstadtbedingten Sicherheitskosten noch offen? Welche Größenordnung fordert Berlin vom Bund? Was ist bei der Kultur noch Gegenstand der Verhandlungen? Strebt der Senat tatsächlich noch einen Abschluss vor der Wahl, immerhin in elf Tagen, an? Uns reicht die Auskunft, dass man weit fortgeschritten sei, nicht aus. Ich finde, dass wir heute die Gelegenheit haben, miteinander ins Gespräch zu kommen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Dann probieren wir das mal. Frau Mildenberger, nehme ich an, wird erst einmal etwas dazu sagen. – Bitte schön!

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, für die Gelegenheit hier ins Gespräch miteinander zu kommen! Ich kann das Interesse an den Eckpunkten, Beträgen oder Themen, das Sie dargelegt haben, sehr gut nachvollziehen. Sie wissen aber auch, dass das zum einen hier ein öffentlicher Ausschuss ist, dass es natürlich Verhandlungen sind – Sie haben es selbst benannt – und mit dem Bund Vertraulichkeit vereinbart ist, und zum anderen, dass wir natürlich die Verhandlungen nicht gefährden wollen, indem wir einzelne Punkte oder einzelne Zwischenstände mitteilen. Es gilt wie bei jedem Vertrag: Es ist nichts geeint, bis alles geeint ist. Ich glaube, das ist ein Grundsatz, der nicht überraschend ist. Den kennen Sie aus Koalitionsvereinbarungen, den kennen Sie aus vielen Verhandlungen. Wir sind in laufenden Verhandlungen. Deswegen kann es bislang keine Ergebnisse geben. Um die weiteren Verhandlungen nicht zu gefährden, kann ich leider zu weiteren Details keine Auskunft geben.

Die Schwerpunkte haben Sie zutreffend benannt. Das ist auch kein Geheimnis. Es sind natürlich Kultur, die Sicherheit und die Kulturförderung für die Erfüllung der gesamtstaatlichen Repräsentation in der Hauptstadt. Dass uns die Verantwortung, die dieser Senat mit den Verhandlungen für das Land Berlin trägt, sehr bewusst ist, zeigt sich auch darin, dass wir genau das einhalten und leider keine Details mitteilen können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Dann steigen wir jetzt mal in die Debatte ein. Herr Wesener hat sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gemeldet und dann Herr Schatz.

Daniel Wesener (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Frau Staatssekretärin! Ich bin von Ihren Einlassungen nicht komplett überrascht und will das auch als Oppositionspolitiker konzedieren, drehe es vielleicht ein bisschen anders. Natürlich erwarten nicht zuletzt wir als Abgeordnetenhaus, dass der Senat bestmöglich im Interesse des Landes verhandelt. Mir ist die eine oder andere analoge Situation durchaus bekannt, wo bei allem Wunsch nach Transparenz es in der Tat im Interesse des Landes angeraten ist, vielleicht nicht alles auszubreiten. Da kollidieren sicherlich auch die unterschiedlichen Rollen. Als Parlamentarier wünsche ich mir da naturgemäß ähnlich wie Herr Schatz auch mehr Transparenz. Ich will nur sagen, dass ich ein gewisses Verständnis dafür habe.

Für eine Sache habe ich aber kein Verständnis. Eine Frage müssen Sie heute beantworten. Was ist eigentlich der Unterschied zu 2016? 2016 hatten wir eine große Koalition in dieser Stadt, so wie jetzt. 2016 hatten bereits im Sommer die Verhandlungen mit dem Bund über den nächsten Hauptstadtfinanzierungsvertrag begonnen. Dieser aktuelle Hauptstadtfinanzierungsvertrag hatte den Stichtag 31. Dezember 2017 oder 1. Januar 2018. Wir haben eine analoge politische Konstellation, und wir haben eine analoge Zeitschiene, mit noch relativ viel Zeit, um beispielsweise Mitte nächsten Jahres – so war es vor zehn Jahren – diesen Vertrag zu beschließen. Die damalige Regierung, Frau Mildeberger – und das ist meine Frage –, hat gesagt: Wir schließen diesen Vertrag nicht vor der Wahl ab. Wir wollen den nächsten Senat und das, was hier der Souverän am Ende politisch bei dieser Wahl als seinen Willen zum Ausdruck bringt, nicht antizipieren. – Ich war damals bekanntlich involviert. Die Verhandlungen liefen auch noch. Man war vielleicht auch noch gar nicht so weit, aber das war das politische Commitment.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, dass ich mir das auch von Ihnen wünsche, das, was vor zehn Jahren eine große Koalition konnte, nämlich aus Respekt vor demokratischen Entscheidungen und einem nächsten Senat abzuwarten. Es gibt keinen Zeitdruck. Ich glaube, da sind wir uns definitiv einig. 2017 wurde der Vertrag irgendwann im Mai oder Juni final abgeschlossen beziehungsweise ratifiziert. Das Zeitargument ist es nicht. Wir können unterschiedlicher Meinung sein, wie gut dieser Senat und der nächste Senat, den wir noch nicht kennen, taktisch aufgestellt ist. Ich kann als Kulturpolitiker sagen: So schwach war Kulturpolitik auf Landes- wie leider auch auf Bundesebene noch nie in diesem sehr komplizierten Setting vertreten. Dass ich mir da Sorgen mache, sehen Sie mir nach. Dass Herr Weimer nichts zu melden hat, dass – mit Verlaub – ihr Senator im Nebenjob schon bei sich selbst nichts zu melden hat, sehen wir schon beim Bibliotheksgesetz, das er auch irgendwie mit sich selbst in Sachen Pflichtaufgabe verhandelt hat. Da kennen wir das Ergebnis. Da ist der Finanzsenator natürlich der stärkere Part. Das ist alles eine politische Betrachtungsweise. Das können Sie richtig oder falsch finden, genauso wie umgekehrt ich. Mich interessiert die Frage, was anders als 2016 ist, und ob es nicht auch im Sinne von gelebter Demokratie, Respekt vor dem Souverän, aber

auch vor den politischen Mitbewerberinnen und Mitbewerbern angemessen wäre, das jetzt abzuwarten.

Herr Vorsitzender! Ich werde jetzt keine Frage zum Verhandlungsstand stellen. Ich würde Ihnen gerne eine Sache mitgeben; das müssen Sie gar nicht kommunizieren. Es ist ein Vertrag über zehn Jahre. Es ist aus meiner Sicht bisher unzureichend gelungen, in den Hauptstadtfinanzierungsverträgen als auch im aktuellen die Kostenentwicklung abzubilden, die es immer gibt. Ich würde mir wünschen, dass die Berliner Seite das mitnimmt. Wir haben zumindest im Bereich der Sicherheitsaufwendungen nach fünf Jahren im aktuellen Vertrag einen Aufwuchs, im Kulturbereich gibt es das nicht, obwohl es da auch eine Tarifentwicklung gibt, obwohl es da auch die allgemeine Teuerung, Inflationsentwicklung und so weiter und so fort gibt. Vielleicht ist das was für den Hinterkopf. Ich glaube, es wäre wichtig, gerade wegen der langen Laufzeit, diese Dynamisierung nicht nur mitzudenken, sondern im Vertrag auch abzubilden. – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Dann ist jetzt Herr Schatz für die Fraktion Die Linke an der Reihe.

Carsten Schatz (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich finde das auch wenig überraschend, aber eher skandalös, sage ich einmal, dass das Parlament weitgehend aus den Verhandlungen rausgehalten wird. Wir haben auch die Möglichkeit, eine nichtöffentliche Sitzung zu machen. – Sie schütteln schon mit dem Kopf, auch dann würden Sie uns nichts sagen wollen. Alles klar! Das finde ich in der Tat bemerkenswert. Ich finde, dass das Parlament dieses Landes durchaus an diesen Verhandlungen zu beteiligen ist. Ich finde auch, dass es dazu nichtöffentliche Mittel gäbe. Immerhin sind die Leute, die hier sitzen, mit einem Mandat der Menschen in Berlin ausgestattet, und der Kollege Wesener hat es sehr deutlich gesagt, dass es um finanzielle Auswirkungen der nächsten zehn Jahre geht. Das ist nicht ohne Belang.

Nichtdestotrotz will ich mich noch zwei Fragen des Kollegen Weseners anschließen. Die eine Frage ist – die können Sie vielleicht beantworten, ohne den Stand der Verhandlungen kommentieren oder bewerten zu müssen –, ob über Indexierung verhandelt wird. Wird es einen planmäßigen Aufwuchs der Mittel in den nächsten zehn Jahren geben, oder wird zumindest darüber gesprochen? Eine Frage, die ich auch schon am Anfang gestellt habe, wenig überraschend: Klar, es wird über Kultur und innere Sicherheit gesprochen, aber wird auch tatsächlich, wie der Bundeskanzler bei seinem Besuch in Berlin sagte, über eine neue Aufgabenverteilung gesprochen? Das kann man auch bestätigen oder nicht. Da müssen Sie kein Ergebnis mitteilen. Ansonsten will ich gerne daran erinnern, was der Staatssekretär zu Beginn der Sitzung sagte, dass der Senat nach der Wahl sehr zurückhaltend sein wird. „Sehr zurückhaltend“ heißt für mich, dass er keinen Hauptstadtfinanzierungsvertrag nach dem 20. September bis zur Bildung eines neuen Senats abschließen wird, und wenn dann nur in enger Abstimmung mit den Akteurinnen in Koalitionsverhandlungen. Auch das war Ihre Formulierung, Herr Staatssekretär. Ich nehme das für bare Münze. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Die Redeliste ist zunächst erschöpft, und ich sehe auch keine Wortmeldungen. Dann würden wir vielleicht hier vorne weitermachen. – Frau Staatssekretärin!

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich würde mit dem letzten Punkt anfangen. Der Senat spricht immer mit einer Stimme und ist sich auch immer völlig einig, wie das Verhalten nach dem 20. September sein wird.

Der andere Punkt – Sie haben es, Herr Wesener, selbst angesprochen – ist, dass der Vertrag über zehn Jahre läuft. Auch der 2017er läuft über zehn Jahre, auch der 2007er lief über zehn Jahre. Wir haben in Berlin aber nur eine Wahlperiode von fünf Jahren. Insoweit ist immer eine gewisse Verbindung eines nächsten Parlamentes diesem Vertrag immanent. Ich sage es mal so: Die Sicherheitslage – das wurde hier auch genannt, zunehmende Demonstrationen, starke Belastungen, aber auch die Kulturförderung, wo wir sehr viele Dinge voranbringen und Planungssicherheit für die jeweils Beteiligten herstellen wollen – hat uns dazu veranlasst, wenn Sie so wollen, sehr frühzeitig mit dem Bund in diese Verhandlungen einzutreten, die wir sehr intensiv im Interesse des Landes Berlin führen. Ich könnte auf Ihren Gedanken für den Hinterkopf eingehen, wie wir uns dazu verhalten, aber es ist so Stückchen für Stückchen. Ich kann es total verstehen. Seien Sie gewiss, dass wir uns auch die Verträge davor genau angeschaut haben und auch die Schlüsse daraus gezogen haben, was vielleicht noch besser für Berlin gelingen kann. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Dann haben wir das auch geklärt. Ich sehe keinen weiteren Debattenbedarf, auch wenn der eine oder andere sicherlich die Erkenntnisse als nicht besonders üppig bezeichnen dürfte. Ich würde den TOP aber jetzt abschließen. – Herr Schatz!

Carsten Schatz (LINKE): Dann würde ich gerne ein Wortprotokoll beantragen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Das können wir machen, wenn wir uns darauf verständigen. Hier ist die Bitte der Fraktion Die Linke, ein Wortprotokoll anfertigen zu lassen. Das müssen wir einvernehmlich klären. Das machen wir in der Regel dann auch. – Ich sehe keinen Widerspruch. Also haben wir auch ein Wortprotokoll und schließen diesen TOP trotzdem ab.

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/1787

**Information statt Desinformation: Eine Kampagne
gegen Desinformation für Berlin**

[0165](#)
BuEuMe(f)
InnSichO

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 8 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/2967
**Gegen den Abbau sozialer Sicherung:
Existenzbedrohende Grundsicherungsreform
stoppen**

[0253](#)
BuEuMe(f)
ArbSoz*
Haupt

Hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zum Antrag
der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/2967-1
**Gegen den Abbau sozialer Sicherung:
Existenzbedrohende Grundsicherungsreform
stoppen**

[0253-1](#)
BuEuMe(f)
ArbSoz
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 9 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/3033
**Integrationskurse erhalten – echte Teilhabe
ermöglichen!**

[0260](#)
BuEuMe(f)
ArbSoz*
IntGleich*

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 10 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/3076
**Keine Kriminalisierung von Armut und
Bagatelldelikten: Ersatzfreiheitsstrafen abschaffen**

[0265](#)
BuEuMe(f)
Recht*

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 11 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.